

Zürich

Kantonsrat will griffigere Klimapolitik

Kantonsrat Das Zürcher Parlament lehnt den Energieplanungsbericht von Markus Kägi (SVP) ab. Sein grüner Nachfolger muss ihn überarbeiten, weil SP und EVP ihre Meinung geändert haben.



Ein Flugzeug zieht seine Bahn über dem Uetliberg. Der Kantonsrat fordert konkretere Klimaziele in den Bereichen Mobilität und Bau. Foto: Urs Jaudas

Heinz Zürcher

Ist der Energieplanungsbericht bloss ein Bericht über den Istzustand – oder vielmehr ein Wegweiser für die Klimapolitik im Kanton Zürich? Diese Frage war gestern im Kantonsrat heftig umstritten. Letztlich setzten sich mit 87 zu 81 Stimmen knapp die linken und grünen Parteien durch. Sie schickten den Energieplanungsbericht 2017 zurück an den Absender, an den Regierungsrat. Überarbeiten muss ihn aber nicht der Verfasser, Markus Kägi (SVP), sondern sein Nachfolger, der neue Baudirektor Martin Neukom (Grüne).

Angestossen hatten die Rückweisung Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach). Im Bericht werde nicht ausreichend aufgezeigt, wie der Kanton den CO₂-Ausstoss verringern wolle, sagte

Schaffner. Es fehlten griffige Massnahmen und Ideen. Mobility Pricing zum Beispiel werde mit keinem Wort erwähnt. Dasselbe gelte für den Atomausstieg, sagte Beat Bloch (CSP/Grüne, Zürich). «Kein Wort dazu. Markus Kägi hat sich schlicht und einfach nicht darum gekümmert.» Auch beim Flugverkehr wären Massnahmen angezeigt, hiess es.

David Galeuchet (Grüne, Bülach) forderte messbare Klimaziele und eine höhere Effizienz im Gebäudebereich. Das gelte vor allem für Altbauten, die für 40 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich seien. Der Kanton habe Instrumente, um deren Sanierungen zu fördern. Basel und Thurgau würden achtmal mehr Geld in Förderprogramme stecken als Zürich. «Wir müssen unser Tempo um den Faktor zwei oder drei steigern», sagte Galeuchet. «Und wir wollen einen Pla-

nungsbericht, der diesen Namen verdient.»

Felix Hoesch (SP, Zürich) doppelte nach: «Das ist zu wenig, zu zaghaft. So passiert nichts.» Gemäss Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis) wird auch das Potenzial des Fuss- und Veloverkehrs im Bericht nur stiefmütterlich behandelt.

Kinoprogramm des Volkes

Die SVP ärgerte sich darüber, dass SP und EVP in der zuständigen Kommission noch gegen die Zurückweisung gestimmt hatten, im Rat aber den Minderheitsantrag von GLP und Grünen unterstützten und ihm so zu einer Mehrheit verhalfen. «Ich glaube, ich bin im falschen Film», sagte Orlando Wyss (SVP, Dübendorf) und warf EVP und SP «Wendehals-Politik» vor.

Das liess Ruedi Lais (SP, Wallisellen) nicht auf sich sitzen. Er

hielt dagegen, dass das Filmprogramm nun mal vom Volk gemacht werde. Und dieses habe bei den Wahlen klar gezeigt, wo die Prioritäten zu setzen seien: bei der Klimapolitik. «Unter dem alten Baudirektor hatten wir nicht die Hoffnung, dass sich mit einer Ablehnung die Prioritäten ändern würden. Das sieht unter Martin Neukom anders aus.»

Christian Lucek (SVP, Dänikon) bezeichnete das Vorgehen der Linken und Grünen als «reine Symbolpolitik». Und Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) riet, sich nicht mit einem Bericht aufzuhalten, der schon lange vorliege, sondern vorwärtszuschauen. Christian Schucan (FDP, Uetikon am See) sagte: «Wir sollten den Bericht in Frieden ruhen lassen, die Ziele anpassen und uns auf konkrete Massnahmen konzentrieren.» Diese Haltung vertrat auch die CVP. Fraktions-

präsidentin Yvonne Bürgin (Rüti) sagte: «Wir erreichen nichts, wenn wir den Bericht zurückschicken.»

Neukom in der Zwickmühle

Als Mitglied des bürgerlichen Regierungsrats konnte Martin Neukom schlecht eine Rückweisung empfehlen. Es war aber offensichtlich, dass er als grüner Baudirektor nicht abgeneigt ist, diesen zu revidieren. Das CO₂-Ziel von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr per 2050 sei veraltet und müsse ambitionierter sein, sagte Neukom. Und selbstverständlich brauche es in den Bereichen Gebäudesanierung und Mobilität zusätzliche Anstrengungen und Massnahmen. «Ich nehme die Kritik auf und werde den Bericht so schnell wie möglich überarbeiten», versprach er. Es werde wohl aber 2020, bis die angepasste Version vorliege.